

Z. IV. 1917

151

Zur Lage der provisorischen Regierung in Rußland

W. L. R. Aus den im Morgenblatte wiedergegebenen Meldungen über die Kundgebungen gegen die provisorische Regierung in Rußland ergibt sich, daß Fürst Bjrow und seine Mitarbeiter gegenwärtig eine schwere Krisis durchmachen, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Sie hat ihren Grund in der Haltung Miljufows gegenüber den Problemen der auswärtigen Politik. Er hat sich in den ersten Wochen der Revolution in einer Weise darüber geäußert, die zeigte, daß ein Gegensatz besteht zwischen den einzelnen Teilen der Regierung. Trotz der Proklamation der provisorischen Regierung vom 9. April betreffend die Kriegsziele erklärte am 21. April Miljufow dem Petersburger Berichterstatter des „Manchester Guardian“, Rußland müsse den Bosphorus und die Dardanellen erhalten mit dem Rechte, sie zu befestigen. Miljufow erklärte ferner, daß Rußland Oesterreichs Aufteilung verlange und die Selbständigkeit der slavischen Völker in Oesterreich herstellen werde.

Der Arbeiter- und Soldatendelegiertenrat beeilte sich, sofort zu erklären, daß die russische Demokratie mit diesen Miljufowschen Kriegszielen nichts zu tun habe. Im Gegenteil: Rußlands revolutionäre Demokratie werde in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Vertreter nicht zulassen, daß Blut für ein derartiges Unternehmen vergossen werde. Weder Eroberungen noch die Teilung Oesterreichs bildeten das Thema der Beratungen des letzten Arbeiter- und Soldatenkongresses. Und sogar auf dem Moskauer Handels- und Industriekongreß äußerte sich ein Redner: „Wir brauchen weder Konstantinopel noch die Dardanellen. Ein Friede mit Annexionen wäre nur das Vorspiel neuer Kriege.“ Auch der in Moskau Mitte April tagende Kongreß der russischen Genossenschaften sprach sich gegen jede Eroberungspolitik aus.

Unter dem 1. Mai richtete Miljufow dann an die Vertreter Rußlands bei den verbündeten Mächten ein Telegramm, worin er die vom Zaren Nikolai II. gegenüber den Alliierten übernommenen Verpflichtungen bestätigte. Wie die Petersburger Telegraphenagentur berichtet, hat diese Note Miljufows bei den Sozialisten die lebhafteste Unzufriedenheit erzeugt. Der ausführende Ausschuß des Arbeiter- und Soldatendelegiertenrates hat die Note in einer außerordentlichen Sitzung vom 2. Mai nachts und am Morgen des 3. Mai beraten, ohne jedoch einen Beschluß zu fassen. Schließlich hat der Rat beschlossen, vor der Fassung irgend eines andern Beschlusses die Regierung um Aufklärung zu ersuchen über die Gründe, die sie zur Veröffentlichung dieser Note bestimmt hätten. Zu diesem Zwecke hat der ausführende Ausschuß des Arbeiter- und Soldatendelegiertenrates der Regierung eine gemeinsame Sitzung vorgeschlagen, was die Regierung annahm. Am Nachmittag erhielt der ausführende Rat die Nachricht, daß die Note der Regierung auch bei einigen Truppenteilen Unzufriedenheit erregt habe. Ein finnländisches Infanterieregiment zog mit Bannern, deren Aufschriften den Rücktritt Miljufows und Gutschkows verlangten, vor den Marinepalast. Andere Heeresabteilungen und große Volksmengen schlossen sich dem demonstrierenden Regiment an und setzten mit ihm die Kundgebungen fort. Erst den Vertretern des Arbeiter- und Soldatendelegiertenrates gelang es, die Volksmenge zum Auseinandergehen und die Soldaten zur Rückkehr in ihre Kasernen zu bewegen.

Der ausführende Ausschuß des Arbeiter- und Soldatendelegiertenrates beschloß hierauf, ernste Schritte gegen die Regierung in Aussicht zu nehmen. Die im Morgenblatt mitgeteilte „authentische Interpretation“ der Regierung hat dann die Folge gehabt, daß der Ausschuß mit 34 gegen 19 Stimmen beschlossen hat, diese Erklärungen der Regierung als befriedigend anzusehen. Sie hat also einstweilen davon abgesehen, den Rücktritt der Regierung zu verlangen. Die Regierung ihrerseits will einen Rat der Provinzen einberufen und von ihm ein Vertrauensvotum verlangen. Sie hofft offenbar, in einer solchen Versammlung durch den Einfluß der Semstwo die Mehrheit zu erlangen. Immerhin ist die Lage noch nicht geklärt. Namentlich in den Städten werden die Rufe nach Frieden immer dringender. So fand am 1. Mai in Odessa eine gewaltige Straßenkundgebung statt, an der mindestens 150,000 Personen teilgenommen haben. Sie trugen Fahnen mit den Inschriften: „Wir wollen eine demokratische Republik! Wir wollen Weltfrieden! Gebt uns Land und den Achtstundentag!“

Die Demonstrationen gegen den Kriegsminister Gutschkow dürften stattgefunden haben, weil er laut dem „Manchester Guardian“ in Jassy am 23. April gegen den Frieden ohne Schadenersatz und für Oesterreichs

und Deutschlands vollständige Zerkümmern gesprochen hatte.